

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 20/8095 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten

A. Problem

Die Bundesregierung verfolgt mit diesem Gesetzentwurf das Ziel, den Einsatz von Videokonferenztechnik, der Ausdruck einer modernen, digitalen und bürgernahen Justiz sei, in der Zivilgerichtsbarkeit sowie in den Fachgerichtsbarkeiten (Verwaltungsgerichtsbarkeit, Finanzgerichtsbarkeit, Arbeitsgerichtsbarkeit, Sozialgerichtsbarkeit) weiter zu fördern. Dafür sollen die seit längerem unveränderten verfahrensrechtlichen Grundlagen zum Einsatz von Videokonferenztechnik an die Bedürfnisse der Gerichte und der Parteien sowie ihrer Prozessvertreter angepasst werden. Ein zentrales Element des Gesetzentwurfs liege in der Neufassung des § 128a der Zivilprozessordnung (ZPO), wonach Videoverhandlungen zukünftig auch ohne entsprechenden Antrag eines Verfahrensbeteiligten durch eine verfahrensleitende Verfügung des bzw. der Vorsitzenden angeordnet werden könnten. Sofern alle Prozessbevollmächtigten die Durchführung einer Videoverhandlung beantragen, solle das Entscheidungsermessen des Gerichts dahingehend eingeschränkt werden, dass eine Videoverhandlung in der Regel durch die oder den Vorsitzenden anzuordnen sei. Ablehnende Entscheidungen des Gerichts über Anträge auf Gestattung oder Anordnung einer Videoverhandlung sollen zudem einer Begründungspflicht unterliegen.

Zusätzlich sollen die Regelungen zur Beweisaufnahme per Bild- und Tonaufzeichnung in § 284 ZPO-E verschoben sowie erweitert und präzisiert werden. Darüber hinaus sollen die Vorteile der Videokonferenztechnik auch für die Rechtsantragstellen und Gerichtsvollzieher nutzbar gemacht werden, indem die Abgabe von Anträgen und Erklärungen zu Protokoll der Geschäftsstelle sowie die Abnahme der Vermögensauskunft per Bild- und Tonübertragung ermöglicht werden sollen.

B. Lösung

Der vom Ausschuss angenommene Änderungsantrag sieht unter anderem die Stärkung der Rechte der Verfahrensbeteiligten vor. So soll dem Antrag eines Verfahrensbeteiligten auf Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung stattgegeben werden, wenn das laufende Verfahren dafür geeignet ist. Zudem wurden die Anforderungen an die Begründung einer Ablehnung eines Antrags auf Videoverhandlung erhöht. Die Einsatzmöglichkeiten für Video-Konferenztechnik in der Justiz sollen zudem dadurch erweitert werden, dass der bzw. die Vorsitzende den Verfahrensbeteiligten gestatten kann, an einem Termin zur Urteilsverkündung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen. Daneben sollen sogenannte vollvirtuelle Videoverhandlungen, bei denen sich auch das Gericht nicht im Sitzungssaal aufhält, bereits mit Inkrafttreten des Gesetzes ermöglicht werden.

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

Annahme einer EntschlieÙung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/8095 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen;
- b) folgende EntschlieÙung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag begrüÙt,

dass das Bundesministerium der Justiz zusammen mit den Ländern und den Bundesgerichten das Videoportal der Justiz mit dem Ziel entwickelt, einen bundesweit einsetzbaren, sicheren Videokonferenzdienst für einen niedrigschwelligen Zugang von Bürgerinnen und Bürgern, Anwaltschaft und Unternehmen zu Videoverhandlungen der deutschen Justiz einzurichten.

II. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus,

dass Bürgerinnen und Bürger, Anwaltschaft und Unternehmen zukünftig bundesweit an Videoverhandlungen der deutschen Justiz mit einem einheitlichen Zugang teilnehmen können.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

zu prüfen, ob das Ziel eines einheitlichen Zugangs zu allen Videoverhandlungen der deutschen Justiz einer gesetzlichen Regelung bedarf.

IV. Der Deutsche Bundestag bittet darüber hinaus die Bundesregierung,

die Praxis der sogenannten vollvirtuellen Videoverhandlung nach § 128a Absatz 6 der Zivilprozessordnung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu beobachten und auf dieser Grundlage die Möglichkeit der Anwendung der Regelungen unter Beachtung der Besonderheiten der Verfahren auch in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit zu prüfen.“

Berlin, den 15. November 2023

Der Rechtsausschuss

Elisabeth Winkelmeier-Becker

Vorsitzende

Sonja Eichwede
Berichterstatlerin

Dr. Martin Plum
Berichterstatter

Dr. Till Steffen
Berichterstatter

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatlerin

Fabian Jacobi
Berichterstatter

Susanne Hennig-Wellso
Berichterstatlerin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten

– Drucksache 20/8095 –

mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes
Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 294) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 185 Absatz 1a wird wie folgt gefasst:	1. u n v e r ä n d e r t
„(1a) Der Vorsitzende kann gestatten oder anordnen, dass der Dolmetscher per Bild- und Tonübertragung an der Verhandlung, Anhörung oder Vernehmung teilnimmt. Der Vorsitzende kann zusätzlich anordnen, dass sich der Dolmetscher an demselben Ort aufhält wie die Person, die der deutschen Sprache nicht mächtig ist.“	
2. Dem § 191a wird folgender Absatz 4 angefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„(4) In gerichtlichen Verfahren eingesetzte Videokonferenztechnik ist für die Verständigung mit einer blinden oder sehbehinderten Person auf deren Verlangen barrierefrei zugänglich zu machen. Absatz 3 Satz 4 gilt entsprechend.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. § 193 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt:	
„(1) Die Beratung und die Abstimmung können mit Einverständnis aller zur Entscheidung berufenen Richter ganz oder teilweise per Bild- und Tonübertragung durchgeführt werden. In diesem Fall ist durch organisatorische und technische Maßnahmen die Wahrung des Beratungsgeheimnisses sicherzustellen.“	
b) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2.	
c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und in Satz 1 werden die Wörter „Absätzen 3 und 4“ durch die Wörter „Absätzen 4 und 5“ ersetzt.	
d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.	
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„§ 1 Absatz 2 und 3 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), das durch § 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, gilt entsprechend.“	
e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und in Satz 2 wird die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.	
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Beratungshilfegesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 4 des Beratungshilfegesetzes vom 18. Juni 1980 (BGBl. I S. 689), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „mündlich“ durch die Wörter „vor der Geschäftsstelle zu Protokoll erklärt“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
2. Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	
„In geeigneten Fällen kann die Geschäftsstelle Erklärungen und Versicherungen nach Satz 1 auch zu Protokoll aufnehmen.“	
Artikel 3	Artikel 3
Änderung der Beratungshilfeformularverordnung	u n v e r ä n d e r t
In § 1 Nummer 1 der Beratungshilfeformularverordnung vom 2. Januar 2014 (BGBl. I S. 2), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2368) geändert worden ist, werden die Wörter „mündlich stellt“ durch die Wörter „vor der Geschäftsstelle zu Protokoll erklärt“ ersetzt.	
Artikel 4	Artikel 4
Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung	Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
<i>Die §§ 16 und 17 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, werden wie folgt gefasst:</i>	§ 16 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
„§ 16	„§ 16
(1) Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche <i>vollvirtuelle Videoverhandlungen</i> zum Zwecke ihrer Erprobung zuzulassen. <i>Eine Videoverhandlung (§ 128a der Zivilprozessordnung) findet als vollvirtuelle Videoverhandlung statt, wenn alle Verfahrensbeteiligten und alle Mitglieder des Gerichts an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung teilnehmen und der Vorsitzende die Videoverhandlung von einem anderen Ort als der Geschäftsstelle aus leitet.</i> Die Landesregierungen können die in Satz 1 genannte Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.	(1) Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche zum Zwecke der Erprobung zuzulassen, dass die Gerichte zur Herstellung der Öffentlichkeit bei Videoverhandlungen nach § 128a Absatz 6 Satz 1 der Zivilprozessordnung auch die unmittelbare Teilnahme der Öffentlichkeit an der Videoverhandlung ermöglichen. Die Landesregierungen können die in Satz 1 genannte Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. Wird von der Ermächtigung nach Satz 1 Gebrauch gemacht, gelten § 160 Absatz 1 Nummer 6 und § 310 Absatz 1 Satz 4 der Zivilprozessordnung entsprechend.

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
(2) Die Zulassung <i>vollvirtueller Videoverhandlungen</i> kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden. <i>In der Rechtsverordnung ist Folgendes zu bestimmen:</i>	(2) Die Zulassung der Erprobung kann auf einzelne Gerichte oder Verfahren beschränkt werden.
1. <i>die technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Herstellung der Öffentlichkeit nach Absatz 4 sowie</i>	1. entfällt
2. <i>Art und Umfang der nach § 17 zu erhebenden Daten.</i>	2. entfällt
Die Geltungsdauer der Rechtsverordnung ist längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2033 zu befristen. Die Rechtsverordnung der Bundesregierung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.	Die Geltungsdauer der Rechtsverordnung ist längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2033 zu befristen. Die Rechtsverordnung der Bundesregierung bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.
(3) <i>Ist durch Rechtsverordnung nach den Absätzen 1 und 2 eine vollvirtuelle Videoverhandlung zugelassen, so ist deren Durchführung nur zulässig, wenn</i>	(3) Das Bundesministerium der Justiz evaluiert unter Beteiligung der an der Erprobung teilnehmenden Länder vier Jahre und acht Jahre nach dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 19 Absatz 1 dieses Gesetzes] die mit der Herstellung der Öffentlichkeit nach Absatz 1 Satz 1 gemachten Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse.
1. <i>alle Mitglieder des Gerichts gegenüber dem Vorsitzenden erklärt haben, an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen,</i>	1. entfällt
2. <i>gegenüber allen Verfahrensbeteiligten eine Videoverhandlung nach § 128a Absatz 2 der Zivilprozessordnung angeordnet wurde und</i>	2. entfällt
3. <i>kein Verfahrensbeteiligter fristgerecht Einspruch nach § 128a Absatz 5 Satz 1 der Zivilprozessordnung eingelegt hat.</i>	3. entfällt
<i>Über die Durchführung einer vollvirtuellen Videoverhandlung entscheidet der Vorsitzende.</i>	entfällt
(4) <i>In öffentlichen Verhandlungen ist die Öffentlichkeit herzustellen, indem die vollvirtuelle Videoverhandlung in Bild und Ton an einen öffentlich zugänglichen Raum im zuständigen Gericht übertragen wird.</i>	(4) Die an der Erprobung teilnehmenden Länder berichten dem Bundesministerium der Justiz zum Zwecke der Evaluierung nach Absatz 3 am Ende eines jeden Kalenderjahres über die an den Gerichten in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten Videoverhandlungen, bei denen die Öffentlichkeit nach Absatz 1 Satz 1 hergestellt wurde. Der Bericht soll bezogen auf den Berichtszeitraum folgende Angaben enthalten:
	1. Anzahl der an der Erprobung teilnehmenden Gerichte,
	2. Anzahl der Videoverhandlungen nach § 128a Absatz 6 Satz 1 der Zivilprozessordnung,

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
	3. Anzahl der Videoverhandlungen, bei denen die Öffentlichkeit nach Absatz 1 Satz 1 hergestellt wurde,
	4. Angaben über die Art und Weise der Herstellung der Öffentlichkeit nach Absatz 1 Satz 1 sowie die hierfür entstandenen Kosten und Aufwendungen und
	5. Angaben über die bei den Gerichten gewonnenen Erkenntnisse zur Nutzung und Akzeptanz der Herstellung der Öffentlichkeit nach Absatz 1 Satz 1.“
§ 17	§ 17 entfällt
<i>(1) Das Bundesministerium der Justiz evaluiert unter Beteiligung der an der Erprobung teilnehmenden Länder vier Jahre und acht Jahre nach dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 19 Absatz 1 dieses Gesetzes] die mit der vollvirtuellen Videoverhandlung gemachten Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse.</i>	
<i>(2) Die an der Erprobung teilnehmenden Gerichte berichten dem Bundesministerium der Justiz zum Zwecke der Evaluierung nach Absatz 1 am Ende eines jeden Kalenderjahres über die in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten vollvirtuellen Videoverhandlungen. Der Bericht soll bezogen auf den Berichtszeitraum folgende Angaben enthalten:</i>	
1. Anzahl der an der Erprobung teilnehmenden Gerichte,	
2. Anzahl der vollvirtuellen Videoverhandlungen,	
3. eine Beschreibung der Verfahrensart und der Verfahrensbeteiligten,	
4. Angaben über die technische Ausstattung des öffentlichen Übertragungsraums nach § 16 Absatz 4 einschließlich der hierfür entstandenen Kosten und Aufwendungen sowie der Inanspruchnahme dieses Raums durch die Öffentlichkeit und	
5. Angaben über die Erfahrungen der Gerichte und Verfahrensbeteiligten mit der Durchführung vollvirtueller Videoverhandlungen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 5	Artikel 5
Weitere Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung	Weitere Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung
Die §§ 16 und 17 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung, das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden aufgehoben.	§ 16 des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung, das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufgehoben.
Artikel 6	Artikel 6
Änderung der Zivilprozessordnung	Änderung der Zivilprozessordnung
Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. un v e r ä n d e r t
a) Der Angabe zu § 117 werden ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.	
b) Die Angabe zu § 128a wird wie folgt gefasst: „§ 128a Videoverhandlung“.	
c) In der Angabe zu § 802f werden die Wörter „Verfahren zur“ gestrichen.	
2. § 117 wird wie folgt geändert:	2. un v e r ä n d e r t
a) Der Überschrift werden ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.	
b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „und für Verbraucherschutz“ gestrichen.	
c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:	
„(4) Soweit Formulare für die Erklärung nach Absatz 2 eingeführt sind, muss sich die Partei ihrer bedienen. In geeigneten Fällen kann die Geschäftsstelle die Erklärung auch zu Protokoll aufnehmen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. Dem § 118 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	3. u n v e r ä n d e r t
„§ 128a gilt für den Erörterungstermin nach Satz 3 entsprechend.“	
4. In § 120a Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „in dem gemäß § 117 Absatz 3 eingeführten Formular“ gestrichen.	4. u n v e r ä n d e r t
5. § 128a wird wie folgt gefasst:	5. § 128a wird wie folgt gefasst:
„§ 128a	„§ 128a
Videoverhandlung	Videoverhandlung
<p>(1) Die mündliche Verhandlung kann als Videoverhandlung stattfinden. Eine mündliche Verhandlung findet als Videoverhandlung statt, wenn an ihr mindestens ein Verfahrensbeteiligter oder mindestens ein Mitglied des Gerichts per Bild- und Tonübertragung teilnimmt. Verfahrensbeteiligte nach dieser Vorschrift sind die Parteien und Nebenintervenienten, ihre Bevollmächtigten sowie Vertreter und Beistände.</p>	<p>(1) Die mündliche Verhandlung kann in geeigneten Fällen als Videoverhandlung stattfinden. Eine mündliche Verhandlung findet als Videoverhandlung statt, wenn an ihr mindestens ein Verfahrensbeteiligter oder mindestens ein Mitglied des Gerichts per Bild- und Tonübertragung teilnimmt. Verfahrensbeteiligte nach dieser Vorschrift sind die Parteien und Nebenintervenienten, ihre Bevollmächtigten sowie Vertreter und Beistände.</p>
<p>(2) Der Vorsitzende kann <i>auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten oder von Amts wegen</i> die Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung für einen Verfahrensbeteiligten, mehrere oder alle Verfahrensbeteiligte gestatten oder anordnen. <i>Wenn alle Prozessbevollmächtigten ihre Teilnahme per Bild- und Tonübertragung beantragen</i>, soll der Vorsitzende diese anordnen. Die Ablehnung eines Antrags auf Teilnahme per Bild- und Tonübertragung ist zu begründen.</p>	<p>(2) Der Vorsitzende kann die Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung für einen Verfahrensbeteiligten, mehrere oder alle Verfahrensbeteiligte gestatten oder anordnen. Beantragt ein Verfahrensbeteiligter die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung, soll der Vorsitzende diese anordnen. Die Ablehnung eines Antrags auf Teilnahme per Bild- und Tonübertragung ist unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls zu begründen.</p>
<p>(3) Der Vorsitzende leitet die Videoverhandlung von der Gerichtsstelle aus. Er kann anderen Mitgliedern des Gerichts <i>bei Vorliegen erheblicher Gründe</i> gestatten, an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen.</p>	<p>(3) Der Vorsitzende leitet die Videoverhandlung von der Gerichtsstelle aus. Er kann anderen Mitgliedern des Gerichts gestatten, an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen.</p>
<p>(4) Den Verfahrensbeteiligten und Dritten ist es untersagt, die Videoverhandlung aufzuzeichnen. Hierauf sind sie zu Beginn der Verhandlung hinzuweisen. Die Videoverhandlung kann für die Zwecke des § 160a ganz oder teilweise aufgezeichnet werden. Über Beginn und Ende der Aufzeichnung sind die Verfahrensbeteiligten zu informieren.</p>	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>(5) Gegen eine Anordnung nach Absatz 2 kann der Adressat innerhalb einer Frist von zwei Wochen Einspruch einlegen. Hierauf weist der Vorsitzende mit der Anordnung hin. Wird der Einspruch fristgerecht eingelegt, so hebt der Vorsitzende die Anordnung für alle Verfahrensbeteiligten auf. Im Übrigen sind Entscheidungen nach dieser Vorschrift unanfechtbar.“</p>	<p>(5) Gegen eine Anordnung nach Absatz 2 kann der Adressat innerhalb einer Frist von zwei Wochen Einspruch einlegen. Hierauf weist der Vorsitzende mit der Anordnung hin. Wird der Einspruch fristgerecht eingelegt, so hebt der Vorsitzende die Anordnung für alle Verfahrensbeteiligten auf. In diesem Fall soll der Vorsitzende den Verfahrensbeteiligten, die keinen Einspruch eingelegt haben, die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung gestatten. Im Übrigen sind Entscheidungen nach dieser Vorschrift unanfechtbar.</p>
	<p>(6) Nehmen alle Verfahrensbeteiligten und alle Mitglieder des Gerichts an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung teil, so kann der Vorsitzende die Videoverhandlung von einem anderen Ort als der Gerichtsstelle aus leiten. In diesem Fall ist in öffentlichen Verhandlungen die Öffentlichkeit herzustellen, indem die Videoverhandlung in Bild und Ton an einen öffentlich zugänglichen Raum im zuständigen Gericht übertragen wird.“</p>
6. § 129a wird wie folgt geändert:	6. un verändert
a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	
<p>„(2) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle kann Anträge und Erklärungen nach Absatz 1 auch per Bild- und Tonübertragung aufnehmen. In diesem Fall kann sich der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle bei der Aufnahme der Anträge und Erklärungen an einem anderen Ort als der Geschäftsstelle aufhalten. Die Bild- und Tonübertragung wird nicht aufgezeichnet. § 162 Absatz 1 Satz 1 und 3 gilt entsprechend.“</p>	
b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.	
7. § 141 Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	7. un verändert
<p>„Das Gericht kann das persönliche Erscheinen auch als Teilnahme an einer Videoverhandlung nach § 128a gestatten oder anordnen. Ist einer Partei aus wichtigem Grund das persönliche Erscheinen in dem Termin nicht zuzumuten, so sieht das Gericht von der Anordnung ihres persönlichen Erscheinens ab.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
8. § 160 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	8. § 160 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
a) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	a) u n v e r ä n d e r t
<p>„2. die Namen der Richter, des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle und des etwa zugezogenen Dolmetschers sowie im Fall des § 128a Absatz 3 Satz 2 dieses Gesetzes und des § 185 Absatz 1a des Gerichtsverfassungsgesetzes die Angabe, wer an der Verhandlung oder der Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung teilnimmt;“.</p>	
b) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:	b) u n v e r ä n d e r t
<p>„4. die Namen der erschienenen Parteien, Nebenintervenienten, Vertreter, Bevollmächtigten, Beistände, Zeugen und Sachverständigen sowie im Fall der §§ 128a und 284 Absatz 2 die Angabe, wer an der Verhandlung oder der Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung teilnimmt, und im Fall des § 284 Absatz 3 die Gerichtsstelle, von der aus die Parteien, Zeugen und Sachverständigen an der Beweisaufnahme teilnehmen;“.</p>	
	c) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
	d) Folgende Nummer 6 wird angefügt:
	<p>„6. in den Fällen des § 128a Absatz 6 Satz 1 die Angabe, dass die Verhandlung in dieser Form durchgeführt wird, und bei öffentlichen Verhandlungen die Feststellung, dass die Öffentlichkeit nach § 128a Absatz 6 Satz 2 hergestellt wurde.“</p>
9. § 160a wird wie folgt geändert:	9. u n v e r ä n d e r t
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(1) Der Inhalt des Protokolls kann vorläufig aufgezeichnet werden.“</p>	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
<p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „in diesem Fall“ durch die Wörter „im Fall des Absatzes 1“ ersetzt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Wenn Aussagen nach § 160 Absatz 3 Nummer 4 oder das Ergebnis eines Augenscheins nach § 160 Absatz 3 Nummer 5 in Ton oder in Bild und Ton vorläufig aufgezeichnet worden sind, muss lediglich dies in dem Protokoll vermerkt werden.“	
cc) In Satz 3 werden die Wörter „die Feststellungen“ durch die Wörter „den Inhalt der vorläufigen Aufzeichnungen nach Satz 2“ ersetzt.	
dd) In Satz 4 werden die Wörter „Feststellungen nach § 160 Abs. 3 Nr. 4“ durch die Wörter „Aussagen nach § 160 Absatz 3 Nummer 4 in Ton oder in Bild und Ton“ ersetzt.	
c) Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:	
„(3) Die vorläufigen Aufzeichnungen sind	
1. zu den Prozessakten zu nehmen,	
2. bei der Geschäftsstelle mit den Prozessakten aufzubewahren oder	
3. auf einer zentralen Datenspeicherungseinrichtung der Justiz zu speichern.	
(4) Die vorläufigen Aufzeichnungen sind zu löschen,	
1. sobald das Protokoll nach der Sitzung hergestellt oder um den Inhalt der vorläufigen Aufzeichnungen ergänzt ist, wenn die Parteien innerhalb eines Monats nach Mitteilung der Abschrift keine Einwendungen erhoben haben;	
2. in nicht in Nummer 1 genannten Fällen nach rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens.“	
d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.	
e) Folgender Absatz 6 wird angefügt:	
„(6) Einsicht in die vorläufigen Aufzeichnungen in Ton oder in Bild und Ton wird durch den Vorsitzenden in entsprechender Anwendung des § 299 Absatz 3 und 4	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
gewährt, ohne dass es eines besonderen Antrags nach § 299 Absatz 3 Satz 2 bedarf.“	
10. § 162 wird wie folgt geändert:	10. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen“ durch die Wörter „vorzulesen, zur Durchsicht vorzulegen oder zur Durchsicht auf einem Bildschirm anzuzeigen“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Feststellungen nach § 160 Abs. 3 Nr. 4“ durch die Wörter „Aussagen nach § 160 Absatz 3 Nummer 4“ ersetzt.	
bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Soweit Aussagen nach § 160 Absatz 3 Nummer 4 oder das Ergebnis eines Augenscheins nach § 160 Absatz 3 Nummer 5 in Gegenwart der Beteiligten und in Form einer Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse aufgezeichnet worden sind, kann das Abspielen, das Vorlesen, die Vorlage zur Durchsicht oder die Anzeige auf einem Bildschirm unterbleiben, wenn die Beteiligten nach der Aufzeichnung darauf verzichten; in dem Protokoll ist zu vermerken, dass der Verzicht ausgesprochen worden ist.“	
11. In § 163 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „mit einem Tonaufnahmegerät“ durch die Wörter „in Ton oder in Bild und Ton“ ersetzt.	11. u n v e r ä n d e r t
12. § 227 wird wie folgt geändert:	12. § 227 wird wie folgt geändert:
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Von einer Terminsänderung ist abzusehen, wenn der Termin als Videoverhandlung nach § 128a oder als Beweisaufnahme nach § 284 Absatz 2 <i>durchgeführt werden kann</i> und die erheblichen Gründe nach Satz 1 dadurch entfallen.“	„Von einer Terminsänderung ist abzusehen, wenn sich der Termin für eine Durchführung als Videoverhandlung nach § 128a oder als Beweisaufnahme nach § 284 Absatz 2 eignet und die erheblichen Gründe nach Satz 1 dadurch entfallen.“
b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:	b) u n v e r ä n d e r t
„(4) Ein Antrag auf Terminsverlegung soll eine Äußerung dazu enthalten, ob gegen die Durchführung einer Videoverhandlung (§ 128a) Bedenken bestehen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.	c) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
13. § 253 Absatz 3 wird wie folgt geändert:	13. <code>u n v e r ä n d e r t</code>
a) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	
b) Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. eine Äußerung dazu, ob gegen die Durchführung einer Videoverhandlung (§ 128a) Bedenken bestehen.“	
14. § 277 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	14. <code>u n v e r ä n d e r t</code>
„Die Klageerwiderung soll ferner eine Äußerung dazu enthalten,	
1. ob einer Entscheidung der Sache durch den Einzelrichter Gründe entgegenstehen;	
2. ob gegen eine Videoverhandlung (§ 128a) Bedenken bestehen.“	
15. § 278 wird wie folgt geändert:	15. <code>u n v e r ä n d e r t</code>
a) In Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „Absatz 1 und 3“ gestrichen.	
b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„§ 141 Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.“	
16. § 284 wird wie folgt geändert:	16. § 284 wird wie folgt geändert:
a) Der Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 1 wird das Wort „wird“ durch das Wort „werden“ ersetzt.	a) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
b) Die folgenden Absätze 2 und 3 werden angefügt:	b) Die folgenden Absätze 2 und 3 werden angefügt:
„(2) Das Gericht kann die Beweisaufnahme <i>entsprechend § 128a</i> per Bild- und Tonübertragung gestatten oder anordnen. <i>§ 128a Absatz 2 Satz 2 findet keine Anwendung.</i> Das Antragsrecht nach <i>§ 128a Absatz 2 Satz 1</i> steht <i>auch</i> Zeugen und Sachverständigen zu. Der Einspruch nach <i>§ 128a Absatz 5 Satz 1</i> steht <i>nur</i> den <i>zu vernehmenden Parteien und Zeugen</i> zu. Satz 1 gilt nicht für den Beweis durch Urkunden.	„(2) Das Gericht kann auf Antrag oder von Amts wegen die Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung gestatten oder anordnen. Das Antragsrecht steht den Verfahrensbeteiligten , Zeugen und Sachverständigen zu. § 128a Absatz 1 und 3 bis 5 gilt entsprechend. Der Einspruch nach <i>§ 128a Absatz 5 Satz 1</i> steht auch den Verfahrensbeteiligten zu. Satz 1 gilt nicht für den Beweis durch Urkunden.
(3) Gegenüber zu vernehmenden Parteien, Zeugen und Sachverständigen kann im Fall einer Beweisaufnahme nach Absatz 2 zusätzlich angeordnet werden, dass sich diese während der Vernehmung an einer	(3) <code>u n v e r ä n d e r t</code>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
vom Gericht näher zu bestimmenden Gerichtsstelle aufhalten.“	
17. § 299 wird wie folgt geändert:	17. un v e r ä n d e r t
a) In Absatz 2 wird das Wort „Personen“ gestrichen.	
b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:	
„(4) Durch technische und organisatorische Maßnahmen ist zu gewährleisten, dass im Rahmen der Akteneinsicht Dritte keine Kenntnis vom Akteninhalt nehmen können. Personen, denen Akteneinsicht gewährt wird, dürfen die ihnen überlassenen Akten oder Akteninhalte weder ganz noch teilweise öffentlich verbreiten oder sie Dritten zu verfahrensfremden Zwecken übermitteln oder zugänglich machen.“	
c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.	
	18. Dem § 310 Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:
	„Der Vorsitzende kann den Verfahrensbeteiligten gestatten, an der Urteilsverkündung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen. Wird die mündliche Verhandlung als Videoverhandlung nach § 128a Absatz 6 Satz 1 durchgeführt, so gilt § 128a Absatz 6 Satz 2 entsprechend für die Urteilsverkündung in dem Termin, in dem die mündliche Verhandlung geschlossen wird.“
18. In § 375 Absatz 1 Nummer 2 und 3 wird jeweils die Angabe „§ 128a Abs. 2“ durch die Wörter „§ 284 Absatz 2 und 3“ ersetzt.	19. un v e r ä n d e r t
19. § 377 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	20. un v e r ä n d e r t
a) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	
b) Die folgenden Nummern 4 und 5 werden angefügt:	
„4. im Fall des § 284 Absatz 2 die Anweisung, zur Ablegung des Zeugnisses die Bild- und Tonübertragung sicherzustellen;	
5. im Fall des § 284 Absatz 3 die Anweisung, zur Ablegung des Zeugnisses an der zu bezeichnenden Gerichtsstelle zu erscheinen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
20. § 411 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	21. un v e r ä n d e r t
<p>„(3) Das Gericht kann das Erscheinen des Sachverständigen zur Erläuterung des schriftlichen Gutachtens, eine schriftliche Erläuterung oder eine Ergänzung des Gutachtens anordnen. Das Erscheinen kann auch als Teilnahme per Bild- und Tonübertragung nach § 128a gestattet oder angeordnet werden. § 128a Absatz 5 Satz 1 findet keine Anwendung.“</p>	
21. In § 479 Absatz 1 wird die Angabe „§ 128a Abs. 2“ durch die Wörter „§ 284 Absatz 2 und 3“ ersetzt.	22. un v e r ä n d e r t
22. Dem § 492 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:	23. un v e r ä n d e r t
<p>„Für den Erörterungstermin gilt § 128a entsprechend.“</p>	
23. § 762 wird wie folgt geändert:	24. un v e r ä n d e r t
a) Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:	
<p>„4. den Vermerk, dass diese Personen das Protokoll nach Vorlesung oder nach Vorlegung zur Durchsicht genehmigt haben;“.</p>	
b) In Absatz 3 wird die Angabe „Nummer 4“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 4“ ersetzt.	
24. In § 802c Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 und 2 wird jeweils die Angabe „§ 802f Abs. 1“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 2“ ersetzt.	25. un v e r ä n d e r t
25. § 802f wird wie folgt gefasst:	26. un v e r ä n d e r t
<p>„§ 802f</p>	
<p>Abnahme der Vermögensauskunft</p>	
(1) Die Abnahme der Vermögensauskunft ist nur zulässig, wenn	
1. der Gerichtsvollzieher zuvor den Schuldner zur Zahlung aufgefordert hat,	
2. seit der Zahlungsaufforderung nach Nummer 1 mindestens zwei Wochen vergangen sind und	
3. die Forderung nicht vollständig beglichen worden ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>(2) Der Gerichtsvollzieher bestimmt einen Termin zur Abnahme der Vermögensauskunft und lädt den Schuldner zu diesem Termin. Der Termin findet alsbald nach Ablauf der Frist nach Absatz 1 Nummer 2 statt. Die Ladung des Schuldners zu dem Termin darf frühestens mit der Zahlungsaufforderung nach Absatz 1 Nummer 1 erfolgen. Der Gerichtsvollzieher bestimmt, ob der Termin</p>	
<p>1. in seinen Geschäftsräumen,</p>	
<p>2. in der Wohnung des Schuldners,</p>	
<p>3. an einem nicht in den Nummern 1 und 2 genannten geeigneten Ort oder</p>	
<p>4. per Bild- und Tonübertragung</p>	
<p>stattfindet.</p>	
<p>(3) Bei einem Termin per Bild- und Tonübertragung nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 wird die Übertragung nicht aufgezeichnet. Der Gerichtsvollzieher weist zu Beginn des Termins alle Teilnehmer auf das Aufzeichnungsverbot hin.</p>	
<p>(4) Bestimmt der Gerichtsvollzieher, dass der Termin nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 2, 3 oder 4 stattfindet, kann der Schuldner dieser Bestimmung innerhalb einer Woche gegenüber dem Gerichtsvollzieher widersprechen. Der Schuldner hat die zur Abnahme der Vermögensauskunft erforderlichen Unterlagen in dem Termin beizubringen. Wird die Vermögensauskunft in dem Termin nicht abgegeben, so ist dies nur dann nicht pflichtwidrig, wenn</p>	
<p>1. der Schuldner nachweist, dass er die Nichtabgabe der Vermögensauskunft in diesem Termin nicht zu vertreten hat,</p>	
<p>2. der Schuldner einer Bestimmung des Termins nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 bis 4 innerhalb der Frist des Satzes 1 widersprochen hat oder</p>	
<p>3. der Schuldner im Fall einer Bestimmung des Termins nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 darlegt, dass die Nichtabgabe der Vermögensauskunft auf technischen Problemen beruht hat.</p>	
<p>(5) Mit der Terminladung ist der Schuldner über Folgendes zu belehren:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
1. die nach § 802c Absatz 1 und 2 erforderlichen Angaben,	
2. im Fall der Terminsbestimmung nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 2 bis 4 sein Recht, der Terminsbestimmung nach Absatz 4 Satz 1 zu widersprechen,	
3. im Fall der Terminsbestimmung nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 das Aufzeichnungsverbot des Absatzes 3 Satz 1,	
4. die Pflicht nach Absatz 4 Satz 2, die erforderlichen Unterlagen beizubringen,	
5. die Folgen einer pflichtwidrigen Nichtabgabe der Vermögensauskunft,	
6. die Möglichkeit der Einholung von Auskünften Dritter nach § 802l und	
7. die Eintragung in das Schuldnerverzeichnis nach § 882c bei Abgabe der Vermögensauskunft.	
<p>(6) Zahlungsaufforderungen, Ladungen, Bestimmungen und Belehrungen nach den Absätzen 1 bis 5 sind dem Schuldner zuzustellen, auch wenn dieser einen Prozessbevollmächtigten bestellt hat; einer Mitteilung an den Prozessbevollmächtigten bedarf es nicht. Dem Gläubiger ist die Terminsbestimmung nach Maßgabe des § 357 Absatz 2 mitzuteilen sowie im Fall der Terminsbestimmung nach Absatz 2 Satz 4 Nummer 4 ein Hinweis auf das Aufzeichnungsverbot zu geben.</p>	
<p>(7) Der Gerichtsvollzieher errichtet in einem elektronischen Dokument eine Aufstellung mit den nach § 802c Absatz 1 und 2 erforderlichen Angaben (Vermögensverzeichnis). Diese Angaben sind dem Schuldner vor Abgabe der Versicherung nach § 802c Absatz 3 vorzulesen oder zur Durchsicht auf einem Bildschirm anzuzeigen. Dem Schuldner ist auf Verlangen ein Ausdruck zu erteilen; § 802d Absatz 2 gilt entsprechend.</p>	
<p>(8) Der Gerichtsvollzieher hinterlegt das Vermögensverzeichnis bei dem zentralen Vollstreckungsgericht nach § 802k Absatz 1. Er leitet dem Gläubiger unverzüglich einen Ausdruck zu; § 802d Absatz 2 gilt entsprechend. Der Ausdruck und das elektronische Dokument müssen den Vermerk enthalten, dass sie mit dem Inhalt des Vermögensverzeichnisses übereinstimmen. § 802d Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
26. § 802i wird wie folgt geändert:	27. un verändert
a) In Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 802f Abs. 5“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 7“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 802f Abs. 5 und 6“ durch die Wörter „§ 802f Absatz 7 und 8“ ersetzt.	
27. § 802k wird wie folgt geändert:	28. un verändert
a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 802f Abs. 6“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 8“ ersetzt.	
b) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „und für Verbraucherschutz“ gestrichen und wird die Angabe „§ 802f Abs. 5“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 7“ ersetzt.	
28. In § 807 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 802f Abs. 5 und 6“ durch die Wörter „§ 802f Absatz 7 und 8“ ersetzt.	29. un verändert
29. In § 836 Absatz 3 Satz 4 wird die Angabe „§ 802f Abs. 4“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 6“ ersetzt.	30. un verändert
30. In § 883 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 802f Abs. 4“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 6“ ersetzt.	31. un verändert
31. § 1100 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	32. un verändert
„(1) Im Fall einer Videoverhandlung nach Artikel 8 der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 ist nur § 128a Absatz 4 anwendbar.“	
32. § 1101 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	33. § 1101 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Im Fall einer Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 ist nur § 128a Absatz 4 in Verbindung mit § 284 Absatz 2 und 3 anwendbar.“	„(2) Im Fall einer Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung nach Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 ist nur § 284 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit § 128a Absatz 4 und § 284 Absatz 3 anwendbar.“

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 7	Artikel 7
Änderung der Vermögensverzeichnisverordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Vermögensverzeichnisverordnung vom 26. Juli 2012 (BGBl. I S. 1663) wird wie folgt geändert:	
1. In § 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 802f Absatz 6“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 8“ ersetzt.	
2. In § 3 Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „§ 802f Absatz 5 Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 802f Absatz 7 Satz 2 und 3“ ersetzt.	
3. In § 5 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 802f Absatz 6“ durch die Angabe „§ 802f Absatz 8“ ersetzt.	
Artikel 8	Artikel 8
Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Fassung vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 19. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 155) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In § 13 Absatz 5 wird die Angabe „§ 299 Abs. 3“ durch die Wörter „§ 299 Absatz 3 und 4“ ersetzt.	1. u n v e r ä n d e r t
2. § 25 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:	
„(3) Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle kann Anträge und Erklärungen nach Absatz 2 auch per Bild- und Tonübertragung aufnehmen. In diesem Fall kann sich der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle bei der Aufnahme der Anträge und Erklärungen an einem anderen Ort als der Geschäftsstelle aufhalten. Die Bild- und Tonübertragung wird nicht aufgezeichnet.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.	
3. Dem § 30 wird folgender Absatz 5 angefügt:	3. u n v e r ä n d e r t
„(5) In geeigneten Fällen kann das Gericht die Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung in entsprechender Anwendung des § 284 Absatz 2 und 3 der Zivilprozessordnung gestatten oder anordnen. § 128a Absatz 4 Satz 3 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.“	
4. § 32 Absatz 3 wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) Die Wörter „im Wege der“ werden durch das Wort „per“ ersetzt.	
b) Folgender Satz wird angefügt:	
„§ 128a Absatz 4 Satz 3 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.“	
5. Dem § 33 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	5. u n v e r ä n d e r t
„In geeigneten Fällen kann das Gericht das persönliche Erscheinen eines Beteiligten auch als Teilnahme an einem Termin per Bild- und Tonübertragung in entsprechender Anwendung des § 128a der Zivilprozessordnung gestatten oder anordnen.“	
6. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:	6. u n v e r ä n d e r t
„(4) Im Anwendungsbereich des Absatzes 1 Nummer 1 kann das Gericht in geeigneten Fällen die persönliche Anhörung eines Beteiligten per Bild- und Tonübertragung in entsprechender Anwendung des § 128a der Zivilprozessordnung gestatten oder anordnen. § 128a Absatz 4 Satz 3 der Zivilprozessordnung findet keine Anwendung.“	
	7. § 64 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
	a) In Satz 1 werden nach dem Wort „einer“ die Wörter „von dem Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten unterzeichnet“ eingefügt.
	b) Satz 4 wird wie folgt gefasst:
	„§ 25 Absatz 2 bis 4 gilt entsprechend.“

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 9	Artikel 9
Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes	Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes
Das Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Arbeitsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 853, 1036), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Nach § 9 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„Abweichend von Satz 1 findet	
1. § 185 Absatz 1a des Gerichtsverfassungsgesetzes mit der Maßgabe Anwendung, dass das Gericht dem Dolmetscher die Teilnahme an der Verhandlung, Anhörung oder Vernehmung per Bild- und Tonübertragung gestatten kann;	
2. § 193 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes keine Anwendung für die erstmalige gemeinsame Beratung und Abstimmung mit den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern bei einer Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung.“	
2. § 11a Absatz 1 wird wie folgt geändert:	2. u n v e r ä n d e r t
a) Nach der Angabe „Richtlinie 2003/8/EG“ werden die Wörter „mit Ausnahme des § 118 Absatz 1 Satz 6 der Zivilprozessordnung“ eingefügt.	
b) Folgender Satz wird angefügt:	
„Im Bewilligungsverfahren gilt für den Erörterungstermin nach § 118 Absatz 1 Satz 3 der Zivilprozessordnung § 50a dieses Gesetzes entsprechend.“	
3. Dem § 13a werden die folgenden Sätze angefügt:	3. Dem § 13a werden die folgenden Sätze angefügt:
„§ 1100 Absatz 1 der Zivilprozessordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle von § 128a Absatz 4 der Zivilprozessordnung § 50a Absatz 3 dieses Gesetzes anwendbar ist. § 1101 Absatz 2 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass anstelle von § 128a Absatz 4 der Zivilprozessordnung in Verbindung mit § 284 Absatz 2 und 3 der Zivilprozessordnung § 50a Absatz 3 in	„§ 1100 Absatz 1 der Zivilprozessordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle von § 128a Absatz 4 der Zivilprozessordnung § 50a Absatz 3 dieses Gesetzes anwendbar ist. § 1101 Absatz 2 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass anstelle von § 284 Absatz 2 Satz 3 der Zivilprozessordnung in Verbindung mit § 128a Ab-

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Verbindung mit § 58 Absatz 4 dieses Gesetzes anwendbar ist.“	satz 4 und § 284 Absatz 3 der Zivilprozessordnung § 58 Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit § 50a Absatz 3 dieses Gesetzes anwendbar ist.“
4. § 46 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	4. § 46 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
a) Satz 2 wird wie folgt gefasst:	a) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Die Vorschriften über den frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung und das schriftliche Vorverfahren (§§ 275 bis 277 der Zivilprozessordnung), über das vereinfachte Verfahren (§ 495a der Zivilprozessordnung), über den Urkunden- und Wechselprozess (§§ 592 bis 605a der Zivilprozessordnung), über die <i>Musterfeststellungsklage</i> (§§ 606 bis 613 der Zivilprozessordnung), über die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung (§ 128 Absatz 2 der Zivilprozessordnung), über die Förderung von Videoverhandlungen bei Terminsänderungsanträgen (§ 227 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 der Zivilprozessordnung), über die Verlegung von Terminen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August (§ 227 Absatz 3 Satz 1 der Zivilprozessordnung) und die Äußerung über Bedenken gegen eine Videoverhandlung in der Klageschrift und der Klageerwiderung (§ 253 Absatz 3 Nummer 4 und § 277 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 der Zivilprozessordnung) finden keine Anwendung.“	„Die Vorschriften über den frühen ersten Termin zur mündlichen Verhandlung und das schriftliche Vorverfahren (§§ 275 bis 277 der Zivilprozessordnung), über das vereinfachte Verfahren (§ 495a der Zivilprozessordnung), über den Urkunden- und Wechselprozess (§§ 592 bis 605a der Zivilprozessordnung), über die Entscheidung ohne mündliche Verhandlung (§ 128 Absatz 2 der Zivilprozessordnung), über die Förderung von Videoverhandlungen bei Terminsänderungsanträgen (§ 227 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 4 der Zivilprozessordnung), über die Verlegung von Terminen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. August (§ 227 Absatz 3 Satz 1 der Zivilprozessordnung) und die Äußerung über Bedenken gegen eine Videoverhandlung in der Klageschrift und der Klageerwiderung (§ 253 Absatz 3 Nummer 4 und § 277 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 der Zivilprozessordnung) finden keine Anwendung.“
b) Folgender Satz wird angefügt:	b) u n v e r ä n d e r t
„Abweichend von § 160 Absatz 1 Nummer 4 der Zivilprozessordnung enthält das Protokoll die Namen der erschienenen Parteien, Nebenintervenienten, Vertreter, Bevollmächtigten, Beistände, Zeugen und Sachverständigen sowie im Fall der §§ 50a und 58 Absatz 4 die Angabe, wer an der Verhandlung oder der Beweisaufnahme per Bild- und Tonübertragung teilnimmt.“	
5. Nach § 50 wird folgender § 50a eingefügt:	5. u n v e r ä n d e r t
„§ 50a	
Videoverhandlung	
(1) Die mündliche Verhandlung kann als Videoverhandlung stattfinden. Eine mündliche Verhandlung findet als Videoverhandlung statt, wenn an ihr mindestens ein Verfahrensbeteiligter	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
per Bild- und Tonübertragung teilnimmt. Verfahrensbeteiligte nach dieser Vorschrift sind die Parteien und Nebenintervenienten sowie ihre Bevollmächtigten, Vertreter und Beistände.	
(2) Der Vorsitzende kann auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten oder von Amts wegen die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung für einen Verfahrensbeteiligten, mehrere oder alle Verfahrensbeteiligte gestatten. Die Ablehnung eines Antrags auf Teilnahme per Bild- und Tonübertragung ist zu begründen.	
(3) Den Verfahrensbeteiligten und Dritten ist es untersagt, die Videoverhandlung aufzuzeichnen. Hierauf sind sie zu Beginn der Verhandlung hinzuweisen. Die Videoverhandlung kann für die Zwecke des § 160a der Zivilprozessordnung ganz oder teilweise aufgezeichnet werden. Über Beginn und Ende der Aufzeichnung sind die Verfahrensbeteiligten zu informieren.	
(4) Entscheidungen nach dieser Vorschrift sind unanfechtbar.“	
6. Nach § 51 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	6. un v e r ä n d e r t
„Als persönliches Erscheinen gilt auch die nach § 50a Absatz 2 Satz 1 gestattete Teilnahme per Bild- und Tonübertragung.“	
7. Dem § 54 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	7. un v e r ä n d e r t
„§ 50a ist anzuwenden.“	
8. Dem § 58 werden die folgenden Absätze 4 und 5 angefügt:	8. un v e r ä n d e r t
„(4) Der Vorsitzende kann die Beweisaufnahme entsprechend § 50a per Bild- und Tonübertragung gestatten. Das Antragsrecht nach § 50a Absatz 2 Satz 1 steht auch Zeugen und Sachverständigen zu. Satz 1 gilt nicht für den Beweis durch Urkunden.	
(5) § 375 Absatz 1 Nummer 2 und 3 der Zivilprozessordnung ist entsprechend anzuwenden für den Fall, dass eine Zeugenvernehmung nach § 58 Absatz 4 nicht stattfindet. § 479 Absatz 1 der Zivilprozessordnung ist entsprechend anzuwenden für den Fall, dass die Leistung des Eides nach § 58 Absatz 4 nicht stattfindet. § 411 Absatz 3 der Zivilprozessordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Erscheinen des Sachverständigen auch als Teilnahme per Bild- und Tonübertra-	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
gung nach § 50a gestattet werden kann. § 492 Absatz 3 der Zivilprozessordnung ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass für den Erörterungstermin § 50a entsprechend gilt.“	
9. In § 64 Absatz 7 werden die Wörter „des § 50, des § 51 Abs. 1“ durch die Wörter „der §§ 50 bis 51 Absatz 1“ ersetzt und wird nach dem Wort „Zustellungen,“ das Wort „Videoverhandlung,“ eingefügt.	9. un verändert
10. In § 72 Absatz 6 werden nach der Angabe „§§ 50,“ die Angabe „50a,“ und nach dem Wort „Zustellung,“ das Wort „Videoverhandlung,“ eingefügt.	10. un verändert
Artikel 10	Artikel 10
Änderung des Sozialgerichtsgesetzes	Änderung des Sozialgerichtsgesetzes
Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 64) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Sozialgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 61 wird wie folgt geändert:	1. un verändert
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	
„Abweichend von Satz 1 ist § 185 Absatz 1a des Gerichtsverfassungsgesetzes mit der Maßgabe anzuwenden, dass das Gericht dem Dolmetscher die Teilnahme an der Verhandlung, Anhörung oder Vernehmung per Bild- und Tonübertragung gestatten kann.“	
b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Abweichend von Satz 1 findet § 193 Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes keine Anwendung für die erstmalige gemeinsame Beratung und Abstimmung mit den ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern bei einer Entscheidung aufgrund mündlicher Verhandlung.“	
2. In § 73a Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 127 Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 118 Absatz 1 Satz 6 und des § 127 Absatz 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung“ ersetzt.	2. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
3. In § 110 Absatz 3 werden die Wörter „Abs. 3 Satz 1 der Zivilprozeßordnung“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 Satz 1 der Zivilprozessordnung“ ersetzt.	3. un v e r ä n d e r t
4. § 110a wird wie folgt gefasst:	4. un v e r ä n d e r t
„§ 110a	
(1) Die mündliche Verhandlung kann als Videoverhandlung stattfinden. Eine mündliche Verhandlung findet als Videoverhandlung statt, wenn an ihr mindestens ein Verfahrensbeteiligter per Bild- und Tonübertragung teilnimmt. Verfahrensbeteiligte nach dieser Vorschrift sind die Beteiligten, ihre Bevollmächtigten und Beistände.	
(2) Das Gericht kann auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten oder von Amts wegen die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung für einen Verfahrensbeteiligten, mehrere oder alle Verfahrensbeteiligte gestatten. Die Ablehnung eines Antrags auf Teilnahme per Bild- und Tonübertragung ist zu begründen.	
(3) Das Gericht kann auf Antrag oder von Amts wegen die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung für einen Zeugen oder einen Sachverständigen gestatten. Das Antragsrecht steht auch Zeugen oder Sachverständigen zu.	
(4) Den Verfahrensbeteiligten und Dritten ist es untersagt, die Übertragung aufzuzeichnen. Hierauf sind sie zu Beginn der Verhandlung hinzuweisen. Das Gericht kann die Videoverhandlung oder die Bild- und Tonübertragung nach Absatz 3 für die Zwecke des § 160a der Zivilprozessordnung ganz oder teilweise aufzeichnen. Über Beginn und Ende der Aufzeichnung hat das Gericht die Verfahrensbeteiligten zu informieren.	
(5) Entscheidungen nach dieser Vorschrift sind unanfechtbar.	
(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für § 106 Absatz 3 Nummer 7 und § 73a Absatz 1 Satz 1 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 118 Absatz 1 Satz 3 der Zivilprozessordnung.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
5. § 111 wird wie folgt geändert:	5. u n v e r ä n d e r t
a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
„Als persönliches Erscheinen gilt auch die nach § 110a Absatz 2 Satz 1 gestattete Teilnahme per Bild- und Tonübertragung.“	
b) In Absatz 3 werden die Wörter „Das Gericht“ durch die Wörter „Der Vorsitzende“ ersetzt.	
6. In § 122 werden die Wörter „Zivilprozeßordnung entsprechend“ durch die Wörter „Zivilprozessordnung entsprechend, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt“ ersetzt.	6. u n v e r ä n d e r t
7. In § 202 Satz 1 werden die Wörter „einschließlich § 278 Absatz 5“ durch die Wörter „einschließlich der §§ 129a, 278 Absatz 5“ ersetzt.	7. u n v e r ä n d e r t
Artikel 11	Artikel 11
Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung	Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung
Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 71) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Dem § 81 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 129a Absatz 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
2. Dem § 82 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„§ 253 Absatz 3 Nummer 4 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
3. Dem § 87 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 werden die Wörter „§ 128a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend;“ angefügt.	3. u n v e r ä n d e r t
4. Dem § 87c Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	4. u n v e r ä n d e r t
„§ 128a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
5. Nach § 95 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	5. un verändert
„§ 141 Absatz 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
6. In § 98 wird die Angabe „§§ 358 bis 444“ durch die Wörter „§ 284 Absatz 2 und 3 sowie die §§ 358 bis 444“ ersetzt.	6. un verändert
7. § 102a wird aufgehoben.	7. un verändert
Artikel 12	Artikel 12
Änderung der Finanzgerichtsordnung	Änderung der Finanzgerichtsordnung
Die Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 13 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 64) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Dem § 64 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	1. un verändert
„§ 129a Absatz 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
2. Dem § 65 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	2. un verändert
„§ 253 Absatz 3 Nummer 4 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
	3. Dem § 71 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
	„§ 277 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“
3. Dem § 79 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 werden die Wörter „§ 128a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend;“ angefügt.	4. un verändert
4. Nach § 80 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	5. un verändert
„§ 141 Absatz 1 Satz 2 der Zivilprozessordnung gilt entsprechend.“	
5. In § 82 wird die Angabe „§§ 358 bis 371“ durch die Wörter „§ 284 Absatz 2 und 3 sowie die §§ 358 bis 371“ ersetzt.	6. un verändert
6. § 91a wird aufgehoben.	7. un verändert
7. In § 128 Absatz 2 werden die Wörter „Beschlüsse nach §§ 91a und 93a,“ gestrichen.	8. un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 13	Artikel 13
Änderung des Gerichtskostengesetzes	Änderung des Gerichtskostengesetzes
Anlage 1 (Kostenverzeichnis) des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. November 2022 (BGBl. I S. 1982) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Anlage 1 (Kostenverzeichnis) des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 29 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Nummer 9019 wird aufgehoben.	1. u n v e r ä n d e r t
2. Nummer 9020 wird Nummer 9019.	2. u n v e r ä n d e r t
Artikel 14	Artikel 14
Änderung des Gesetzes über Gerichtskosten in Familiensachen	u n v e r ä n d e r t
Anlage 1 (Kostenverzeichnis) des Gesetzes über Gerichtskosten in Familiensachen vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2666), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3424) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Nummer 2015 wird aufgehoben.	
2. Nummer 2016 wird Nummer 2015.	
Artikel 15	Artikel 15
Änderung des Gerichts- und Notarkostengesetzes	u n v e r ä n d e r t
Anlage 1 (Kostenverzeichnis) des Gerichts- und Notarkostengesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586), das zuletzt durch Artikel 7 Absatz 5 des Gesetzes vom 31. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Nummer 31016 wird aufgehoben.	
2. Nummer 31017 wird Nummer 31016.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 16	Artikel 16
Änderung des Patentgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Patentgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. August 2021 (BGBl. I S. 4074) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 46 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 128a und 284 Absatz 2 und 3 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden.“	
2. In § 136 Satz 1 wird die Angabe „§ 117 Abs. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 117 Absatz 2 bis 4 Satz 1“ ersetzt.	
Artikel 17	Artikel 17
Änderung des Gebrauchsmustergesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 17 Absatz 2 Satz 6 des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1455), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3490) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„Die §§ 128a und 284 Absatz 2 und 3 der Zivilprozessordnung sind entsprechend anzuwenden.“	
Artikel 18	Artikel 18
Änderung der Abgabenordnung	u n v e r ä n d e r t
In § 30 Absatz 3 Nummer 1a der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 193 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 193 Absatz 3“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Artikel 19	Artikel 19
Inkrafttreten	Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
(2) Artikel 5 tritt am 1. Januar 2034 in Kraft.	(2) Artikel 5 tritt am 1. Januar 2034 in Kraft.

Bericht der Abgeordneten Sonja Eichwede, Dr. Martin Plum, Dr. Till Steffen, Katrin Helling-Plahr, Fabian Jacobi und Susanne Hennig-Wellsow

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/8095** in seiner 122. Sitzung am 21. September 2023 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/8095 in seiner 49. Sitzung am 15. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung. Der Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen. Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD angenommen. Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. abgelehnt.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich mit der Vorlage auf Drucksache 20/8095 am 6. September 2023 befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs gegeben sei. Der Bezug zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ergebe sich hinsichtlich folgender Leitprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und des folgenden Sustainable Development Goal (SDGs):

- Leitprinzip 1 – Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden,
- Leitprinzip 5 – Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern,
- SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

Die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung sei plausibel. Eine Prüfbitte sei daher nicht erforderlich.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Rechtsausschuss hat in seiner 66. Sitzung am 27. September 2023 beschlossen, eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/8095 durchzuführen, die er in seiner 71. Sitzung am 18. Oktober 2023 durchgeführt hat. Hieran haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Oliver Allesch	Rechtsanwalt, Essen
Max Ehrl	Hauptgeschäftsführer der Bundesnotarkammer K. d. ö. R., Berlin
Sabine Fuhrmann	Vizepräsidentin der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin Fachanwältin für Handels- und Gesellschaftsrecht

Edith Kindermann	Präsidentin des Deutschen Anwaltvereins e. V., Berlin Rechtsanwältin und Notarin
Dr. Bettina Mielke, M.A.	Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Nürnberg
Stefanie Otte	Präsidentin des Oberlandesgerichts Celle
Lucia Rosenberger	Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Berlin Referatsleiterin Abteilung Recht & Vielfalt
Dr. Bernhard Joachim Scholz	Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes e. V., Berlin Richter am Bundessozialgericht
Dr. Robert Seegmüller	Vorsitzender des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwal- tungsrichterinnen e. V., Berlin Richter am Bundesverwaltungsgericht

Hinsichtlich der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung wird auf das Protokoll der 71. Sitzung am 18. Oktober 2023 sowie auf die Aufzeichnung der Sitzung in der Mediathek des Deutschen Bundestages verwiesen.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/8095 in seiner 76. Sitzung am 15. November 2023 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CDU und AfD die Annahme des Gesetzentwurfs in der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung. Die Änderungen beruhen auf einem Änderungsantrag, den die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in den Rechtsausschuss eingebracht haben und der mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CDU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. angenommen wurde.

Darüber hinaus empfiehlt der **Rechtsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Annahme der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Entschließung, die die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP in den Rechtsausschuss eingebracht haben.

Die Fraktion der CDU/CSU hat zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/8095 einen Änderungsantrag mit folgendem Inhalt eingebracht:

Der Bundestag wolle beschließen, den Gesetzentwurf auf Bundestagsdrucksache 20/8095 mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert anzunehmen:

1. Artikel 4 (Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung einer Zivilprozessordnung) wird gestrichen.
2. Artikel 6 (Änderung der Zivilprozessordnung) wird wie folgt geändert:
 - a) § 128a Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert: „Wenn alle Prozessbevollmächtigten ihre Teilnahme per Bild- und Tonübertragung beantragen, soll der Vorsitzende diese in geeigneten Fällen anordnen.“
 - b) § 128a Absatz 2 Satz 3 wird gestrichen.

Begründung

Zu Nummer 1 (Streichung Artikel 4)

Sogenannte vollvirtuelle Videoverhandlungen sind abzulehnen. Die personellen, räumlichen und technischen Voraussetzungen sind dafür in der Fläche aktuell nicht ausreichend gegeben. Gerichte gehören zudem nicht ausschließlich in den virtuellen Raum. Als Zentren unseres Rechtsstaats müssen sie in der Mitte unserer Städte und Gemeinden präsent und sichtbar sein. Das dient der Bürgernähe der Justiz und dem Vertrauen der Bürger in unseren Rechtsstaat.

Zu Nummer 2 (Artikel 6)

a) Die Einschränkung des Entscheidungsermessens der oder des Vorsitzenden dahingehend, dass eine Videoverhandlung in der Regel anzuordnen ist („Soll“-Vorschrift) ist nur in Fällen gerechtfertigt, die für eine Videoverhandlung geeignet sind.

b) Die Begründungspflicht ist entbehrlich. Die Ablehnung eines Antrags auf Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung ist unanfechtbar. Verfahrensleitende Verfügungen bedürfen auch im Übrigen in der Regel keiner Begründung. Die mit der Begründungspflicht verbundene aufwändige Überprüfung im Einzelfall führt zu unnötigen Verzögerungen und -komplizierungen. Dies gilt insbesondere für Beweisaufnahmen. Auch die Gerichte haben Interesse an einer schnelleren Verfahrensgestaltung, so dass sie Anträge auf Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung schon aus eigenem Interesse nicht grundlos ablehnen werden.

Der Rechtsausschuss hat diesen Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Die Fraktion der CDU/CSU hat zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/8095 folgenden Entschließungsantrag in den Rechtsausschuss eingebracht:

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Förderung der Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten nur dann dauerhaft Erfolg haben wird, wenn den Gerichten ausreichend Personal für die erforderliche Betreuung der IT-Infrastruktur zur Verfügung steht. Auch hier darf der Bund die Länder nicht allein lassen.

II. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, dass die Gerichte für den Einsatz von Videokonferenztechnik flächendeckend technisch ausgestattet werden und der Bund die Länder dabei unter Beachtung der Kompetenzen unterstützt. Videoverhandlungen sind nur dann deutliches Zeichen eines modernen Rechtsstaats, wenn dafür im gesamten Bundesgebiet die technischen Voraussetzungen gegeben sind.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Pakt für den Rechtsstaat – wie im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Fraktionen versprochen – mit ausreichenden Mitteln zu verstetigen, damit die Justiz in den Ländern personell und technisch in die Lage versetzt wird, ihre Aufgaben auch in Zukunft dauerhaft, effektiv und nachhaltig erfüllen zu können. Die Justiz muss besser ausgestattet werden, um weiterhin ihrer maßgeblichen Rolle für den Erhalt des Rechtsstaats gerecht werden zu können. Der Pakt für den Rechtsstaat muss unbedingt weitergeführt werden, um den Rechtsstaat nachhaltig und auf Dauer zu stärken;

2. zusammen mit den Ländern bundeseinheitlich technische Standards für die zum Einsatz kommenden Videokonferenzsysteme festzulegen. Diese Standards müssen einen ausreichenden Datenschutz und eine hinreichende IT-Sicherheit gewährleisten. Die rechtssichere Identifizierung aller Verfahrensbeteiligter muss sichergestellt werden.

Der Rechtsausschuss hat diesen Entschließungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zeigte sich erfreut, dass mit diesem Gesetzentwurf ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst werde, nämlich den Einsatz von Videoverhandlungen in der Zivilgerichtsbarkeit und den Fachgerichtsbarkeiten zu fördern. Der vermehrte Einsatz von Videoverhandlungen in der Justiz ermögliche eine bessere Versorgung des ländlichen Raumes mit anwaltlicher Dienstleistung, erspare weite Wege zu den Gerichtsstandorten, wodurch insbesondere wirtschaftlich schwächere Prozessparteien entlastet würden, und bahne den Weg für die Etablierung eines vollständig digitalisierten Verfahrens. Der Änderungsantrag habe die Weichenstellung des ursprünglichen Vorschlages an wesentlichen Stellen verändert. Dem Antrag eines Verfahrensbeteiligten auf Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung solle der oder die Vorsitzende nun in der Regel stattgeben, wenn sich das Verfahren für eine Videoverhandlung eigne. Richt-

rinnen und Richter bekämen zusätzlich die Möglichkeit, Verhandlungen auch von einem Ort außerhalb des Gerichtssaals leiten zu können, sofern die übrigen Verfahrensbeteiligten ebenfalls per Videokonferenz an der Verhandlung teilnahmen und die Herstellung der Öffentlichkeit durch eine Übertragung am Gerichtsstandort sichergestellt werde. Im Wege einer Experimentierklausel, über deren Anwendung die Länder entscheiden könnten, könne die Herstellung der Öffentlichkeit durch eine Übertragung im Internet erprobt werden.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte unter Bezugnahme auf die öffentliche Anhörung des Rechtsausschusses zum Regierungsentwurf, dass sich in einigen Punkten Änderungsbedarf ergeben habe, der im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen adressiert worden sei. Insbesondere sei klarstellend geregelt worden, dass das Gericht bei der Entscheidung über die Anordnung oder Gestattung einer Videoverhandlung zunächst die Eignung des Verfahrens zu beurteilen habe. Erst wenn ein Verfahren geeignet sei, solle das Gericht die Videoteilnahme gestatten. Auch zu der im Rahmen der Anhörung eingehend diskutierten Frage der Erforderlichkeit von Bereichsausnahmen zu Videoverhandlungen und Videobeweisaufnahmen in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit hätten intensive Beratungen stattgefunden. Im Ergebnis sprächen sich die Koalitionsfraktionen für die Beibehaltung der im Regierungsentwurf enthaltenen Sonderregelungen insbesondere deshalb aus, da vor den Arbeits- und Sozialgerichten besonders sensible Sachverhalte verhandelt würden. Die Koalitionsfraktionen begrüßten, dass das Bundesministerium der Justiz zusammen mit den Ländern und den Bundesgerichten mit dem Videoportal der Justiz einen bundesweit einsetzbaren, sicheren Videokonferenzdienst für die Justiz entwickelt habe und würden hierzu einen entsprechenden Entschließungsantrag vorschlagen.

Die **Fraktion der FDP** ergänzte, dass der Gesetzentwurf einen verbesserten Zugang zum Recht für alle Menschen bezwecke. Dies sei besonders wichtig, da sich immer mehr Menschen von der Justiz abwenden würden, was unter anderem an den sinkenden Verfahrenseingängen in der Zivilgerichtsbarkeit erkennbar sei. Es müsse sichergestellt werden, dass die fortschreitende Digitalisierung auch Einzug in den Zivilprozess halte. Die Möglichkeit, auf Wunsch auch per Videozuschaltung an einer mündlichen Verhandlung teilnehmen zu können, mache den Zivilprozess zeitgemäßer und erleichtere die Geltendmachung und Durchsetzung der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern.

Die **Fraktion der CDU/CSU** teilte das Anliegen des Gesetzentwurfs und begrüßte die hierdurch zu erwartenden Verbesserungen, beispielsweise im Hinblick auf den Einsatz von Videokonferenztechnik in Rechtsantragsstellen, die Möglichkeit der Abnahme der Vermögensauskunft per Bild- und Tonübertragung oder die vereinfachte Anordnung und bessere Planbarkeit einer Videoverhandlung durch verfahrensleitende Verfügungen des bzw. der Vorsitzenden. Es sei auch positiv zu bewerten, dass die Durchführung von Videoverhandlungen durch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf „geeignete Fälle“ begrenzt worden sei. Zu kritisieren seien jedoch die durch den Änderungsantrag noch einmal verstärkten Einschränkungen des richterlichen Ermessens bei der Entscheidung, ob eine mündliche Verhandlung als Videoverhandlung durchgeführt werde und die Verschärfung der Begründungspflicht im Falle einer ablehnenden Entscheidung. Vor dem Hintergrund, dass diese Entscheidung des Gerichts unanfechtbar sei, erscheine eine ausführliche Begründung unter Auseinandersetzung mit den Umständen des Einzelfalles nicht erforderlich und verursache unnötigen Mehraufwand für die Gerichte. Darüber hinaus sei die Möglichkeit, sogenannte vollvirtuelle Verhandlungen durchzuführen, nicht sinnvoll, weil Gerichte greif- und sichtbare Orte des Rechtsstaates bleiben müssten. Nicht adressiert blieben ferner die in der öffentlichen Anhörung thematisierten Erwägungen des Datenschutzes und der Datensicherheit, das Fehlen einer rechtssicheren Identifizierungsmöglichkeit für die per Videokonferenz teilnehmenden Personen und insbesondere der Mangel an ausreichender technischer und personeller Ausstattung der Gerichte zur Umsetzung des Gesetzes. In der Gesamtschau sei der Gesetzentwurf wegen der aufgezeigten Defizite aus Sicht der Unionsfraktion daher nicht zustimmungsfähig.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass auch sie den Einsatz von Videokonferenztechnik in der Zivilgerichtsbarkeit in bestimmten Konstellationen für zweckmäßig halte. Es sei aus ihrer Sicht jedoch sicherzustellen, dass eine mündliche Verhandlung in Präsenz die Regel bleibe, insbesondere in Terminen, an denen nicht lediglich Anwälte teilnahmen, sondern der rechtsuchende Bürger selbst der rechtsprechenden Staatsgewalt gegenüberstehe. Deshalb sei es auch zentral, dass die Initiative zu einer Videoverhandlung nicht vom Gericht ausgehen solle, sondern nur von den Prozessparteien. Der vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung gehe in seinem Bestreben, möglichst viele Verhandlungen per Videokonferenz durchzuführen, weit über das grundsätzlich sinnvolle Maß hinaus und sei daher abzulehnen.“

Die **Fraktion DIE LINKE**. unterstützte den Gesetzentwurf, der unter anderem dazu beitragen könne, schnellere Entscheidungen herbeizuführen, weite Anfahrtswege einzusparen und die Teilnahme am Gerichtsprozess für die Beteiligten insgesamt zu vereinfachen. Im Hinblick auf die geäußerte Kritik zu sogenannten vollvirtuellen Verhandlungen wies sie darauf hin, dass die Gerichte nicht zwingend von diesem Recht Gebrauch machen müssten. Problematisch sehe auch sie die unzureichende Ausstattung der Gerichte. Diese werde die Länder bei der Umsetzung des Gesetzes vor einige Herausforderungen stellen und solle bei den weiteren Beratungen zum Pakt für den Rechtsstaat nicht unberücksichtigt bleiben.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss empfohlenen Änderungen gegenüber der ursprünglichen Fassung des Gesetzentwurfs erläutert. Soweit der Ausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, wird auf die Begründung auf Drucksache 20/8095 verwiesen.

Zu Artikel 4 (Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung – ZPOEG)

Zu § 16 ZPOEG

Mit der Neufassung des § 16 ZPOEG-E wird der Bundesregierung und den Landesregierungen die Möglichkeit eröffnet, an ihren Zivilgerichten eine weitere Form der Gewährung der Gerichtsöffentlichkeit (§ 169 Absatz 1 Satz 1 GVG) im Rahmen sogenannter vollvirtueller Videoverhandlungen nach § 128a Absatz 6 Satz 1 ZPO-E an den Zivilgerichten zu erproben. Neben der bereits in § 128a Absatz 6 Satz 2 ZPO-E vorgesehenen Herstellung der Öffentlichkeit durch Einrichtung eines Übertragungsraums im zuständigen Gericht, sollen die Zivilgerichte der Öffentlichkeit auch die unmittelbare Teilnahme an der Videoverhandlung selbst ermöglichen können, etwa durch Bereitstellung eines Zugangslinks. Voraussetzung ist der Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung, mit der Bund und Länder für ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche die Erprobung zulassen können. Die Zulassung kann auf einzelne Gerichte oder bestimmte Verfahren beschränkt werden (§ 16 Absatz 2 Satz 1 ZPOEG-E). Die Erprobungsphase ist zunächst auf zehn Jahre befristet (§ 16 Absatz 2 Satz 2 ZPOEG-E).

Die mit dieser Form der Herstellung der Gerichtsöffentlichkeit in der Zivilgerichtsbarkeit gemachten Erfahrungen und daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen nach § 16 Absatz 3 und 4 ZPOEG-E durch das Bundesministerium der Justiz evaluiert und auf dieser Grundlage entschieden werden, ob und unter welchen Voraussetzungen sie flächendeckend zugelassen werden kann.

Zu § 17 ZPOEG

§ 17 ZPOEG-E kann entfallen, da die Regelungen zur Evaluierung in § 16 ZPOEG-E integriert werden.

Zu Artikel 5 (Weitere Änderung des Gesetzes, betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Streichung von § 17 ZPOEG.

Zu Artikel 6 (Änderung der Zivilprozessordnung – ZPO)

Zu Nummer 5 (§ 128a ZPO)

Zu § 128a Absatz 1 Satz 1 ZPO

Durch die Ergänzung in Absatz 1 Satz 1 wird klargestellt, dass mündliche Verhandlungen nur in geeigneten Fällen als Videoverhandlung durchgeführt werden können. Um zu verdeutlichen, dass die Geeignetheit des konkreten Verfahrens Voraussetzung für die Anordnung oder Gestattung einer Videoverhandlung ist, wird dies im Gesetzestext klargestellt. Die Frage der Geeignetheit der Videoverhandlung ist sowohl im Rahmen der freien Ermessensentscheidung nach Absatz 2 Satz 1 („Kann“-Regelung) wie auch im Rahmen der Regelung nach Absatz 2 Satz 2 („Soll“-Regelung) zu berücksichtigen.

Zu § 128a Absatz 2 Satz 1 und 2 ZPO

Die Änderungen in den Sätzen 1 und 2 führen dazu, dass bei Antrag eines Verfahrensbeteiligten auf Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Bild- und Tonübertragung das Entscheidungsermessen des Vorsitzenden dahingehend eingeschränkt ist, dass eine Videoteilnahme in der Regel in geeigneten Fällen anzuordnen ist und nur ausnahmsweise abgelehnt werden kann.

§ 128a Absatz 2 Satz 3 ZPO

Die in Satz 3 enthaltene Begründungspflicht stärkt das Antragsrecht der Parteien. Mit der Ergänzung wird klar gestellt, dass formularmäßige Ablehnungen einer Videoverhandlung der Begründungspflicht nicht genügen. Erforderlich ist stets eine Auseinandersetzung mit den Besonderheiten des konkreten Einzelfalls. Dies muss auch in der Begründung zum Ausdruck kommen.

Zu § 128a Absatz 3 Satz 2 ZPO

Auf das Erfordernis des Vorliegens erheblicher Gründe für die Entscheidung des Vorsitzenden, einem anderen Mitglied des Gerichts die Teilnahme an der mündlichen Verhandlung per Video zu gestatten, soll zugunsten einer größeren Flexibilität verzichtet werden. Das bisher in Absatz 3 Satz 2 vorgesehene Erfordernis wird daher gestrichen. Der Vorsitzende entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen. Die Entscheidung ist unanfechtbar (Absatz 5 Satz 4).

Zu § 128a Absatz 5 Satz 3 ZPO

Durch den neuen Satz 3 wird klargestellt, dass der Vorsitzende auch im Fall der Aufhebung der Anordnung aufgrund des Einspruchs eines Verfahrensbeteiligten den übrigen Verfahrensbeteiligten, die keinen Einspruch gegen die Anordnung eingelegt haben, die Teilnahme per Bild- und Tonübertragung gestatten soll.

Zu § 128a Absatz 6 ZPO

Durch die in § 128a Absatz 2 ZPO-E geschaffene Möglichkeit, eine Videoverhandlung gegenüber allen Verfahrensbeteiligten anzuordnen, wird die Videoverhandlung für diese verbindlich, wenn kein Einspruch gegen die Anordnung eingelegt wird. Eine unangekündigte Teilnahme von Verfahrensbeteiligten vor Ort ist in diesem Fall – anders als nach bisheriger Rechtslage – ausgeschlossen. Damit entfällt die Notwendigkeit, dass sich der Vorsitzende während dieser Videoverhandlung an der Gerichtsstelle aufhalten muss. Er kann die Videoverhandlung auch von einem anderen Ort aus leiten, zum Beispiel von seinem heimischen Arbeitszimmer. Der neue Absatz 6 ermöglicht daher die Durchführung sogenannter vollvirtueller Videoverhandlungen.

Um die Öffentlichkeit der Verhandlung nach § 169 Absatz 1 Satz 1 GVG zu gewährleisten, sieht Absatz 6 Satz 2 für den Fall der vollvirtuellen Videoverhandlung vor, dass diese zusätzlich in einen öffentlich zugänglichen Raum in dem zuständigen Gericht übertragen wird. In diesem Übertragungsraum kann jedermann die Verhandlung in Echtzeit in Bild und Ton verfolgen.

Zu Nummer 8 Buchstabe d (§ 160 Absatz 1 ZPO)

Die Ermöglichung vollvirtueller Videoverhandlungen macht auch Folgeänderungen bei den Regelungen zum Protokollinhalt erforderlich. Nach der neuen Nummer 6 soll im Protokoll zum einen angegeben werden, dass eine vollvirtuelle Videoverhandlung nach § 128a Absatz 6 Satz 1 ZPO-E durchgeführt wird. Zum anderen soll der Vorsitzende in diesen Fällen die Feststellung zu Protokoll nehmen, dass die Öffentlichkeit der Verhandlung nach § 128a Absatz 6 Satz 2 ZPO-E durch Übertragung in einen Raum im Gericht hergestellt worden ist.

Zu Nummer 12 Buchstabe a (§ 227 Absatz 1 Satz 3 ZPO)

Das Abstellen auf die Geeignetheit des Termins zur Durchführung per Bild- und Tonübertragung ist eine Folgeänderung zur Änderung des § 128a Absatz 1 Satz 1 ZPO-E. Zudem wird klargestellt, dass das Gericht das in § 128a Absatz 2 und § 284 Absatz 2 ZPO-E eröffnete Ermessen auch im Falle eines Antrags auf Terminsänderung ausüben kann.

Zu Nummer 16 Buchstabe b (§ 284 Absatz 2 ZPO)**Zu § 284 Absatz 2 Satz 1 und 3 ZPO**

Die Änderungen der Sätze 1 und 3 sind durch die Änderungen des § 128a Absatz 2 ZPO-E bedingt. Für die Videobeweisaufnahme soll § 128a Absatz 2 ZPO-E keine Anwendung finden. Dies bedeutet zum einen, dass anders als nach § 128a Absatz 2 Satz 2 ZPO-E die Entscheidung über eine Videobeweisaufnahme auch bei einem Antrag im freien Ermessen des Gerichts steht, das die Beweiswürdigung vorzunehmen hat. Zum anderen folgt daraus, dass die Begründungspflicht nach § 128a Absatz 2 Satz 3 ZPO-E bei Ablehnung eines Antrags auf Videobeweisaufnahme nicht gilt. Die Offenlegung von Gründen für die Ablehnung einer Vernehmung bestimmter Zeugen per Video könnte Anlass und Grundlage für Befangenheitsanträge darstellen.

In Satz 3 wird nicht auf § 128a Absatz 6 ZPO-E verwiesen. Eine vollvirtuelle Videobeweisaufnahme, bei der auch das Gericht sich nicht an der Gerichtsstelle aufhält, ist damit ausgeschlossen.

Zu § 284 Absatz 2 Satz 2 ZPO

Der neue Satz 2 entspricht inhaltlich dem bisherigen Satz 3. Neben den Verfahrensbeteiligten sind danach auch Zeugen und Sachverständige antragsberechtigt.

Zu § 284 Absatz 2 Satz 4 ZPO

Durch die Änderung von Satz 4 wird der Kreis der Personen, die Einspruch gegen die Anordnung einer Videobeweisaufnahme einlegen können, auf die Verfahrensbeteiligten erweitert. Neben den Beweispersonen als unmittelbare Adressaten der Anordnung einer Videobeweisaufnahme können auch die Parteien und ihre Prozessbevollmächtigten Einspruch einlegen. Damit wird sichergestellt, dass eine Videobeweisaufnahme nicht gegen den Willen der Parteien durchgeführt werden kann.

Zu Nummer 18 (§ 310 Absatz 1 ZPO)

Nach dem neuen Satz 3 kann der Vorsitzende den Verfahrensbeteiligten gestatten, an der Urteilsverkündung per Bild- und Tonübertragung teilzunehmen. Es liegt im Ermessen des Vorsitzenden, ob er den Verfahrensbeteiligten diese Möglichkeit der Videoteilnahme einräumt.

Der neue Satz 4 ermöglicht die Verkündung sogenannter Stuhlurteile nach Satz 1, erste Alternative auch in vollvirtuellen Videoverhandlungen nach § 128a Absatz 6 Satz 1 ZPO-E. Es ist davon auszugehen, dass eine vollvirtuelle Videoverhandlung insbesondere in einfach gelagerten Fällen durchgeführt wird, in denen eine Entscheidung im unmittelbaren Anschluss an die mündliche Verhandlung möglich ist. Die Öffentlichkeit der Urteilsverkündung (§ 169 Absatz 1 Satz 1, § 173 Absatz 1 GVG) wird in diesen Fällen durch die Einrichtung eines Übertragungsraums nach § 128a Absatz 6 Satz 2 ZPO-E sichergestellt.

Zu Nummer 33 (§ 1101 Absatz 2 ZPO)

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Artikel 8 (Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit – FamFG)**Zu Nummer 7 (§ 64 Absatz 2 FamFG)**

Mit der Änderung wird klargestellt, dass die Einlegung der Beschwerde zur Niederschrift der Geschäftsstelle durch den Urkundsbeamten auch mittels Bild- und Tonübertragung nach § 25 Absatz 3 FamFG-E aufgenommen werden kann.

Es wird klargestellt, dass nur bei Einlegung der Beschwerde durch Beschwerdeschrift diese vom Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen ist. Einer solchen Unterzeichnung durch den Beschwerdeführer oder seinen Bevollmächtigten bedarf es nicht, wenn die Beschwerde zur Niederschrift der Geschäftsstelle eingelegt wird.

Aus Gründen der Rechtssicherheit wird durch einen ausdrücklichen Verweis auf § 25 Absatz 3 FamFG-E klargestellt, dass die Einlegung der Beschwerde zur Niederschrift der Geschäftsstelle durch den Urkundsbeamten mittels Bild- und Tonübertragung nach § 25 Absatz 3 FamFG-E möglich ist.

Zu Artikel 9 (Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes – ArbGG)**Zu Nummer 3 (§ 13a Satz 3 ArbGG)**

Es handelt sich um redaktionelle Anpassungen.

Zu Nummer 4 (§ 46 Absatz 2 ArbGG)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund des Inkrafttretens des Artikel 17 des Verbandsklagenrichtlinienumsetzungsgesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272).

Zu Artikel 12 (Änderung der Finanzgerichtsordnung – FGO)**Nummer 3 (§ 71 Absatz 1 Satz 4 FGO)**

Durch die neu aufgenommene Verweisung gilt die in § 277 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ZPO-E für das zivilprozessuale Verfahren vorgesehene Aufforderung an den Beklagten, mitzuteilen, ob Bedenken gegen die Durchführung einer Videoverhandlung bestehen, auch im finanzgerichtlichen Verfahren.

Berlin, den 15. November 2023

Sonja Eichwede
Berichterstatlerin

Dr. Martin Plum
Berichterstatter

Dr. Till Steffen
Berichterstatter

Katrin Helling-Plahr
Berichterstatlerin

Fabian Jacobi
Berichterstatter

Susanne Hennig-Wellsov
Berichterstatlerin